

RS OGH 1996/7/26 1Ob2050/96v

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 26.07.1996

Norm

KO §114 Abs3

KO §115 Abs1

KO §115 Abs2

Rechtssatz

Eine Unternehmensschließung kommt nur in Betracht, wenn eine Erhöhung des Ausfalls der Konkursgläubiger anders nicht vermeidbar ist. Das muß entgegen dem Wortlaut des § 115 Abs 1 KO nicht "feststehen", sondern es genügt bereits eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß sich die Verluste der Konkursgläubiger durch eine allfällige Unternehmensfortführung mehrten würden. Verdichtet sich eine konkrete Sanierungshoffnung zu einer Sanierungswahrscheinlichkeit, weil etwa der Absatz der Produktion des in Konkurs verfallenen Unternehmens gesichert erscheint und eine Umsetzung vorhandener konkreter Reorganisationskonzepte erwarten läßt, daß die Erzeugung nach den auf den Absatzmärkten erzielbaren Preisen kostendeckend aufrechterhalten werden kann, läßt sich eine Erhöhung des Ausfalls der Konkursgläubiger durch eine Unternehmensfortführung nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen.

Entscheidungstexte

- 1 Ob 2050/96v
Entscheidungstext OGH 26.07.1996 1 Ob 2050/96v
Veröff: SZ 69/170

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1996:RS0106331

Dokumentnummer

JJR_19960726_OGH0002_0010OB02050_96V0000_002

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>